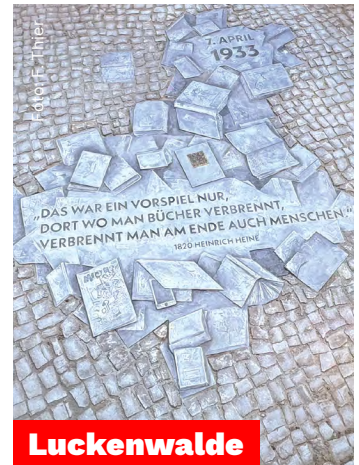




Foto: Rettungsdienst Teltow-Fläming



Luckenwalde

Teltow-Fläming

Themen der letzten Monate im Kreistag

Kfz-Zulassung per i-Kfz wieder möglich

Die internetbasierte Fahrzeugzulassung (i-Kfz) ist in Teltow-Fläming seit Anfang April wieder verfügbar. Kraftfahrzeuge können damit wieder bequem online an-, um- und abgemeldet werden – ohne Gang zur Zulassungsstelle in Luckenwalde. Im Internetauftritt www.teltow-flaeming.de gelangt man von der Startseite über den Button Kfz/Führerschein direkt zu i-Kfz und zur Terminbuchung. Zusätzlich wurde ein Link im Dienstleistungsportal »Was erledige ich wo« in der Rubrik online-Dienste integriert. Die Anwendung führt Schritt für Schritt durch den gesamten Prozess. Mit der Wiederverfügbarkeit des i-Kfz-Services wird die Fahrzeugzulassung deutlich einfacher, schneller und bürgerfreundlicher.

Urteil zu den Rettungsdienstgebühren

Der Rechtsstreit zwischen den Landkreisen und den Krankenkassen bezüglich der Rettungsdienstgebührensatzungen wurde durch das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg geklärt. Die Kosten von Fehlfahrten und Fehleinsätzen dürfen nicht pauschal über Gebühren auf andere Nutzer*innen des Rettungsdienstes umgelegt werden. Entscheidend ist nach Auffassung des

Gerichts, dass Gebühren nur für Leistungen erhoben werden dürfen, die dem jeweiligen Gebührenschuldner auch tatsächlich zurechenbar sind. Zugleich zeigt die Entscheidung, dass das Gericht nicht jede Form der Finanzierung von Fehlfahrten und Fehleinsätzen ausschließt. Vielmehr rückt die Frage in den Mittelpunkt, wie diese Einsätze rechtlich sauber in der Satzung abgebildet werden können. »Mit dem nun vorliegenden Urteil sind zwei Dinge klar: Fehlfahrten und Fehleinsätze dürfen nicht auf die Allgemeinheit der Gebührenzahler umgelegt werden. Zugleich zeigt die Entscheidung, dass hierfür grundsätzlich ein neuer Gebührentatbestand in Betracht kommen kann«, erklärte Landrätin Kornelia Wehlan (Die Linke). »Damit ist nun gemeinsam mit dem Land und den kommunalen Aufgabenträgern zu klären, wie das System Rettungsdienst im Flächenland Brandenburg künftig ausgestaltet werden soll.« Sollen Kosten für Fehlfahrten und Fehleinsätze berücksichtigt werden, müssen sie also eigenständig erfasst und rechtlich klar geregelt werden. Entscheidend wird künftig sein, wer in welchen Fällen als Gebührenschuldner herangezogen werden kann, welche Einsätze überhaupt gebührenfähig sind, und wie die verschiedenen

Fallkonstellationen rechtssicher voneinander abgegrenzt werden können. Für Die Linke ist klar, dass die Landkreise mit den Kosten aus den nötig werdenden Änderungen nicht allein gelassen werden dürfen. Das Land muss hier Verantwortung übernehmen. Denn der bodengebundene Rettungsdienst ist eine Pflichtaufgabe, die das Land den Landkreisen übertragen hat. Hier muss die neue Landesregierung aus SPD und CDU endlich liefern, zudem die alte Regierung aus SPD und BSW offensichtlich nicht in der Lage war.

Beigeordnetenwahlen

Die Bewerbungsgespräche für den Beigeordnetenbereich Dezernat III (Bereich der ehemaligen Beigeordneten Biesterfeld) erfolgen im Kreistag in nichtöffentlicher Sitzung am 4. Mai und gegebenenfalls am 5. Mai. Die Beigeordnetenwahl ist im Kreistag am 22. Juni vorgesehen. Die Bewerbungsgespräche für den Beigeordnetenbereich Dezernat I mit Kämmerei (Bereich des scheidenden Beigeordneten Ferdinand) erfolgten im Kreistag ebenfalls nichtöffentlich am 12. März. Die Beigeordnetenwahl ist für die Kreistagssitzung am 27. April geplant.

Felix Thier, Vorsitzender der Fraktion Die Linke/Die PARTEI-PDS

Linke sorgt für Denkmal

Auch in Luckenwalde brannten 1933 Bücher – und das schon am 7. April, weit vor der in der Geschichte eingegangenen Bücherverbrennung durch die Nazis in Berlin. Auf den Tag genau wurde 93 Jahre später nun am Ort des Geschehens ein Denkmal errichtet. Oder besser gesagt in den Boden gelassen – denn das Denkmal ist ein Bodenrelief. Mit den Anstoß zu dem jetzt eingeweihten Denkmal gab unsere Fraktion vor gut einem Jahr. Damals stellten wir einen entsprechenden Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, der das würdige, und vor allem regelmäßige Erinnern und Gedenken an die Bücherverbrennung zum Thema hatte.

Den Bericht gibt es hier:



kurzlinks.de/4wf9

Neuigkeiten aus der Stadtpolitik

Rathaus in
Dahme/Mark

Die Themen in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dahme/Mark werden sich nicht wesentlich von den Inhalten der Sitzungen anderer Gemeindevertretungen unterscheiden. Wie hörbar in vielen Gemeinden ist das Geld knapp, so auch in unserer Stadt.

Seit Jahren befindet sich die Stadt Dahme/Mark in der Haushaltsicherung und in jedem Jahr gibt die Haushaltssatzung und das schon standardmäßig dazu gehörende Haushaltssicherungskonzept genug Stoff für lange und kräftezehrende Beratungen. Kreisumlage, Schlüsselzuweisungen, freiwillige Aufgaben und weitere sind dabei Schlagwörter, die bis zum äußersten strapaziert mal zutreffend und mal weniger zutreffend in die Debatte geworfen werden. Mitunter wird dabei das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung vergessen und mit

Briefen an die Kreisverwaltung um Hilfe bei der Reduzierung von finanziellen Defiziten gebeten. Schuldzuweisungen an die amtierenden Entscheider in der Landesregierung bleiben dabei nicht aus. Sicherlich ist es richtig, Kritik an der Arbeit der Landes- oder sogar an der Bundesregierung zu äußern, um mehr Verständnis für die Kommunen und ihre mitunter miserable finanzielle Lage zu erreichen. Mittlerweile bekommt man aber das Gefühl, dass diese »Jammerei« und Schwarzmalerei zum Grundtenor spezieller politischer Kräfte wird, um unsere demokratische Grundordnung zu destabilisieren und das Volk zu spalten.

Wir sollten nicht in diese Geheule einstimmen. Auch wenn unser Grundverständnis einer gerechten Gesellschaft weiter links angesiedelt ist, sollten wir froh sein in einer Gesellschaft zu leben,

wo noch immer Bürgerrechte im Grundgesetz festgeschrieben sind und den destabilisierenden Kräften nicht in die Karten spielen. Trefflicher ließe sich darüber streiten, wie sinnvoll vorhandene finanzielle Mittel in den Kommunen eingesetzt werden. Gelegenheit dazu gibt es in nächster Zeit zur Genüge. Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes gibt auch unserer Stadt umfangreiche Mittel zur Verfügung, um dringend anstehende Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensumfeldes umzusetzen. Zwei Millionen Euro sind für unsere Stadt eine Menge »Holz«, die sinnvoll einzusetzen nicht minder schwer zu händeln sind wie ein Mangel an finanziellen Mitteln. Mit den Stimmen unserer Fraktion werden die Ausgaben in zwei Zeitscheiben geplant. Dabei achten wir darauf, dass auch wirklich zukunftsorien-



Foto: privat

tierte und nachhaltige Projekte gefördert werden. Nichts wäre schlimmer, als wenn diese Mittel genutzt würden um den Haushalt zu sanieren.

Frank Donath, *Vorsitzender der Fraktion Die Linke in der Stadtverordnetenversammlung Dahme/Mark*

Niedergörsdorf

Juniorortsvorsteher*innen und Juniorortsbeiräte



Foto: privat

Juniorortsvorsteher*innen und Juniorortsbeiräte der Gemeinde Niedergörsdorf besuchten den Deutschen Bundestag in Berlin.

den Herbstferien zum Besuch des Deutschen Bundestages. Es war für alle spannend, einen Einblick in die große politische Arbeit zu erhalten.

Für die Umsetzung all dieser Aktivitäten und Projekte steht den JOV und JOB ein eigenes Budget zur Verfügung. Dabei konnte die Gemeinde auch auf Fördermittel des Brandenburgfonds des Deutschen Kinderhilfswerkes sowie des Landes Brandenburg zurückgreifen.

Edeltraut Liese, *Mitglied der Gemeindevertretung, Vorsitzende der Fraktion Die Linke*

Im April ist es wieder so weit. In der Gemeinde Niedergörsdorf werden in zehn Ortsteilen am 19. April Juniorortsvorsteher*innen (JOV) und Juniorortsbeiräte (JOB) wieder beziehungsweise neu gewählt. Damit ermöglichen wir unserer Kindern und Jugendlichen eine aktive Mitsprache bei der Gestaltung ihres Ortsteiles. Die Bildung von JOV und JOB ist ein Projekt des Deutschen

Kinderhilfswerkes. Die Gemeindevertretung und die Ortsteilvorsteher brachten im Jahr 2014 das Projekt ins Rollen. Bewusst verzichtete man auf die Bildung eines Kinder- und Jugendbeirates in der Gemeinde. Der Grund: Wir sind eine Flächengemeinde mit 22 Ortsteilen – wie sollen die Kinder und Jugendlichen zu gemeinsamen Beratungen und ähnlichem zusammenkommen?!

Im Jahr 2025 konnten zahlreiche Projekte in den Ortsteilen umgesetzt werden. Das beginnt beim Aufstellen von zusätzlichen Mülleimern und Werterhaltungsmaßnahmen auf den Spielplätzen, geht weiter über Kinoabende, Kinder- und Sommerfeste bis hin zu Einsätzen zur Verschönerung der Ortsteile.

Besonderer Höhepunkt war die gemeinsame Fahrt nach Berlin in

Am Mellensee

Unerwartete Ablehnung im Bauausschuss



Straßenansicht auf das potentielle Investitionsobjekt im Ortsteil Rehagen

In der Sitzung des Bauausschusses am 5. März habe ich ein Thema auf die Tagesordnung gesetzt, das aus meiner Sicht von großer Bedeutung für die Entwicklung unseres Ortsteils Rehagen ist. Es geht um ein Grundstück mit ehemaligen Plattenbauten in zentraler Lage, das sich in einem vollständig erschlossenen B-Plan-Gebiet befindet und in absehbarer Zeit veräußert werden soll. Verkäufer ist das Land Hessen. Gerade deshalb halte ich es für sinnvoll,

das Grundstück auch hier vor Ort sichtbar zu machen, um gezielt Investoren aus unserer Region anzusprechen, die von einer Ausschreibung in Hessen möglicherweise gar nichts erfahren. Aus diesem Grund hatte ich vorgeschlagen, dass die Gemeinde Am Mellensee das Grundstück aktiv über ihre Homepage bewirbt, um frühzeitig Interesse zu wecken und eine Entwicklung im Sinne unserer Gemeinde zu unterstützen. Im Ausschuss stieß dieser

Vorschlag jedoch auf unerwartete Zurückhaltung. Ein Mitglied der Gemeindevertretung nutzte sein Rederecht, um auf frühere eigene Erfahrungen hinzuweisen, bei denen ähnliche Vorhaben aus seiner Sicht nicht die gleiche Unterstützung erfahren haben. Ich habe dazu deutlich gemacht, dass es nicht darum gehen kann, vergangene Entscheidungen fortzuführen, sondern dass wir die Chance nutzen sollten, es heute besser zu machen. In der weiteren

Diskussion wurden Zweifel geäußert, ob eine solche Bewerbung durch die Gemeinde überhaupt gewünscht sei, und seitens der Verwaltung wurde ein möglicher zusätzlicher Arbeitsaufwand angeführt. Im Ergebnis wurde deutlich, dass eine aktive Bewerbung über die Homepage der Gemeinde derzeit nicht gewollt ist. Für mich bleibt jedoch die Frage, ob wir uns damit nicht selbst Chancen nehmen. Gerade bei einem zentral gelegenen, bereits erschlossenen Grundstück sollte es unser Anspruch sein, Entwicklungen nicht nur abzuwarten, sondern im Rahmen unserer Möglichkeiten aktiv zu begleiten. Wenn wir solche Chancen nicht nutzen, dürfen wir uns am Ende nicht darüber wundern, dass Entwicklung andernorts stattfindet – aber nicht bei uns.

Doreen Schulze, Mitglied der Gemeindevertretung, Fraktion SPD/Die Linke und Vorsitzende des Bauausschusses

Rangsdorf

Aktuelles aus der Gemeindevertretung

Nach der Kommunalwahl im Juni 2024 konnte von den Linken in Rangsdorf nur noch ein Kandidat in die Gemeindevertretung einziehen und damit verloren wir in Rangsdorf den Status einer Fraktion. Als Nichtmitglied für Die Linke angetreten und zuvor nicht in der Gemeindevertretung tätig, versuchte ich zunächst meinen Platz und vor allem eine Fraktion zu finden, mit der ich meine und natürlich die politischen Ziele der Linken einbringen und umsetzen könnte. Außerhalb einer Fraktion war dies nicht möglich, da man seine Meinung äußern, aber Anträge nicht stellen kann. Also trat ich an die Fraktion der SPD/Bündnis 90/Die Grünen heran, die mich zunächst aufnehmen wollten, jedoch nicht als Fraktionsmitglied, da die Fraktion der CDU dann jegliche Blockierung von Anträgen ankündigte. Ich konnte also nur eingebunden

sein, ohne etwas zu bewirken. Da ich mit Mitgliedern der FDP-Fraktion, die in Rangsdorf durch ihren FDP-Bürgermeister eine besondere Stellung hat, persönlich bekannt war und diese mich in ihre Beratungen einbezogen haben, stellten wir fest, dass es durchaus Übereinstimmungen im Bereich der kommunalpolitischen Themen gab. Und diese Fraktion war bereit, mich als vollwertiges Mitglied in ihre Fraktion aufzunehmen. Bei der ersten gemeinsamen Fraktionssitzung, an der auch der Vorstand des Ortsverbandes Die Linke Rangsdorf teilnahm, wurde durch die Genossen klargestellt, dass es nicht leicht war, dieser Fraktionsbildung zuzustimmen, denn auf der allgemeinen politischen Bühne verbindet uns wohl nichts. Dennoch war es vorstellbar, in der Kommunalpolitik gemeinsame Ziele zu

finden. Darüber hinaus bot es die Möglichkeit, die eigene Sichtweise auf die Fragen, die in der Gemeindevertretung erörtert werden, einzubringen. Es war, ist und bleibt äußerst schwierig sich in dieser Fraktion durchzusetzen, da der Bürgermeister Teil der Fraktion ist und diese natürlich dominiert. Einerseits hat man dadurch den Vorteil bestimmte Verwaltungsentscheidungen besser zu verstehen, andererseits kommen politisch zu entscheidende Fragen häufig zu kurz, weil sie nur durch die Brille des Bürgermeisters als Verwaltungsbeamten betrachtet werden. Als Mitglied des Hauptausschusses kann ich oft nur die Forderung auf namentliche Abstimmung stellen, um zu verdeutlichen, wer welche Entscheidungen trifft und wie dadurch die Kommune sich entwickelt. Darüber hinaus wird

bereits jetzt ein heftiger Kampf auf Facebook um Beschlüsse der Gemeindevertretung ausgetragen, der auf einer persönlichen Ebene abläuft, die aufzeigt, wer sich für die Bürgermeisterwahl im kommenden Jahr in Position bringen möchte. Das hat kaum etwas mit den eigentlichen Themen, sondern mit Beschimpfungen und Schuldzuweisungen zu tun.



Angelika Böhme, Mitglied der Gemeindevertretung, Fraktion FDP/Die Linke

Großbeeren

Wenn Bürokratie Kinder im Dunkeln lässt

Als Kommunalpolitiker erlebe ich täglich: Gute Ideen scheitern selten am Willen vor Ort, sondern an Zuständigkeiten und Paragrafen. Bürokratie prägt den Alltag der Rathäuser. Ein Beispiel: Entlang eines dunklen Weges zum Jugendclub ›Club2Five‹ wollten wir Solarleuchten installieren – für mehr Sicherheit. Für Eltern selbstverständlich, für Kinder Schutz, für uns eine Frage der Verantwortung. Doch bevor eine Leuchte bestellt wird, beginnt ein aufwendiges Verfahren: Untere und Obere Naturschutzbehörde, Prüfungen nach Bundesnaturschutzgesetz, Verweise auf EU-Richtlinien, Artenschutzgutachten wegen möglicher Auswirkungen auf Insekten oder Fledermäuse. Selbst kleine

Projekte geraten in umfangreiche Prüfketten. Jede Ebene – Kommune, Land, Bund, EU – bringt eigene Regeln mit. Naturschutz ist wichtig. Gesetze schützen wertvolle Lebensräume. Aber wenn wenige Solarleuchten wie ein Großprojekt behandelt werden, stimmt die Verhältnismäßigkeit nicht. Das Problem ist nicht der Schutzgedanke, sondern fehlendes Augenmaß. Wenn Sicherheit von Kindern und Jugendlichen hinter formalen Abläufen zurücksteht, wird aus sinnvoller Regulierung Überregulierung. Kommunen werden dabei zu Bittstellern: Anträge, Gutachten, Genehmigungen – alles bei knappen Mitteln. Gleichzeitig erwarten Bürger*innen zu Recht pragmatisches Handeln. Doch

im Paragrafendschlingel fehlen Tempo und Flexibilität. Verzögerungen kosten Vertrauen in die kommunale Handlungsfähigkeit. Die Verantwortung liegt nicht bei den Beschäftigten der Behörden, sondern bei politischen Vorgaben auf Bundes-, Landes- und EU-Ebene. Dort entstehen Regelwerke, die gut gemeint sind, aber vor Ort zu realitätsfernen Ergebnissen führen. Wo Ermessensspielräume fehlen oder nicht genutzt werden, entsteht eine Kultur der Absicherung statt der Lösung. Was wir brauchen, ist keine Absenkung von Umweltstandards, sondern mehr Verhältnismäßigkeit. Kleine kommunale Projekte müssen unbürokratisch möglich sein, wenn sie dem Gemeinwohl dienen. Ein paar Solarleuchten dürfen nicht an Formularen scheitern. Linke Kommunalpolitik heißt, Natur- und Menschenschutz zusammenzudenken. Nachhaltigkeit umfasst auch soziale Sicherheit. Wer Klimaschutz will, muss ihn mit



Foto: R. Kosin

Blick auf den unbeleuchteten Weg

Gerechtigkeit verbinden – und darf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen nicht übersehen. Bürokratie darf kein Selbstzweck sein. Sie muss Werkzeug für lebenswerte, sichere Kommunen bleiben. Wo sie das nicht ist, muss sie verändert werden.

Robert Kosin, Mitglied der Gemeindevertretung, Fraktion SPD/Grüne/Die Linke

Luckenwalde

Neues aus der Stadtpolitik

Breitbandausbau »Graue-Flecken-Programm«

Die Stadtverordneten befassten sich in den zurückliegenden Wochen mit dem Glasfaserausbau in Luckenwalde. Denn der Bund hat zur Förderung das Graue-Flecken-Programm gestartet. Glasfaser-Internet soll so weit ausgebaut werden, dass (fast) überall eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet erfolgt. Luckenwalde befindet sich gemeinsam mit Trebbin, Am Mellensee und Jüterbog in einer Ausbauregion. Im Rahmen der Förderung ist von diesen Kommunen ein Eigenanteil von fünf Prozent zu erbringen (und bis 31.03.2026 fest zuzusagen) – die restliche Summe kommt vom Bund. Für Luckenwalde bedeutet das bei 25,3 Mio. Euro erwarteten Ausbaukosten einen Eigenanteil von rund 600.000 Euro. Eventuell kann es aber auch günstiger werden. Luckenwalde hat einen angespannten Haushalt. Im Plan für 2026 soll an vielen Stellen der

Gürtel enger werden. Aber: flächendeckend Glasfaser ist nicht nur eine Investition in die Zukunft, sondern auch Wettbewerbsvorteil. Am Ende ist dies Wirtschaftsförderung, kann Zuzug begünstigen und so neue Einnahmen in die Stadtkasse bringen. Der Bürgermeister wurde daher per Beschluss ermächtigt, die Kooperationsvereinbarung, die die Grundlage für den Breitbandausbau ist, zum Nachweis der Sicherung der Gesamtfinanzierung zu unterzeichnen. Die benötigten Eigenmittel sind gemäß Beschluss in der mittelfristigen Planung des Haushaltsplanes 2026 und in der Haushaltsplanung für die folgenden Haushaltsjahre einzuplanen. Die Beschlussvorlage wurde von den Stadtverordneten einstimmig angenommen.

Haushalt für 2026 beschlossen

Wer A sagt, muss auch B sagen. Das ist eines der Argumente, mit dem unser Fraktionsvorsitzen-

der Felix Thier um Zustimmung für den Haushalt 2026 warb. Denn wenn man sich für Wirtschaftsförderung per Glasfaserausbau

ausspricht und dafür Geld in den Haushalt einstellen lässt, dann sollte man im nächsten Atemzug genau diesem Haushalt auch zustimmen. Eigentlich logisch – aber die Fraktion GfL bekam trotzdem den Spagat hin, zur Wirtschaftsförderung Ja und zum Haushalt Nein zu sagen. Die GfL bestellt also quasi, will dann aber nicht zahlen. Ein merkwürdiges Verständnis von Stadtverordneten, die sich selbst als Stimme der Wirtschaft sehen. Bemerkenswert ist auch, dass es zum Haushaltsentwurf keine Änderungsanträge gab. Die Stadtverordneten, die nun zum Haushalt Nein sagten, müssen sich also die Frage gefallen lassen, wie ernst sie ihre Verantwortung für das Wohl der

Stadt Luckenwalde nehmen. Denn wenn etwas abgelehnt wird, muss doch eine Alternative angeboten werden?! Alles andere ist keine ehrliche Politik. Sei es, wie es sei. Es gab zum Haushalt also keine Änderungswünsche. Die Abstimmung zum Haushaltsentwurf wollten wir namentlich haben. Es sollen alle nachvollziehen können, wer sich im Stadtparlament zu den oben gemachten Aussagen wie verhalten hat. Das Ergebnis zum Haushalt 2026: 17 Ja-Stimmen, acht Nein-Stimmen, eine Enthaltung. Die genauen Ergebnisse finden sich im Newsletter unserer Fraktion: <https://kurzlinks.de/1vfs>

Felix Thier, Vorsitzender der Fraktion Die Linke/LÖS



Foto: F. Thier

Impressum

Herausgeber: Die Linke im Kreistag Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Felix Thier · Redaktion: Felix Thier · Redaktionsschluss: 31. März 2026
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circle Offset white Recyclingpapier, 100% Recyclingfasern
Auflage: 1.400 · April 2026, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.